

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Warum die Abschaffung der Gewerbesteuer ab-
zuschaffen, letztlich weder
Kommunen noch Unterneh-
men hilft, erläutert **Prof. Dr.
Uwe Jens MdB.** Seite 1

Ein wichtiger Schritt ist das
vom Europäischen Parlament
beschlossene kommunale
Wahlrecht für alle EU-Bürge-
rinnen nach Meinung von
Evelyne Gebhardt MdEP.

Seite 2

Eine Kriegserklärung an 20
Millionen Mieter und wohn-
ungspolitischer Unsinn sind
die Vorschläge der Sinn-
Kommission, kritisiert **Otto
Reschke MdB.** Seite 3

Die Fortschreibung des Pro-
gramms "Jugend für Europa",
ist eine Chance gegen Vorur-
teile und Rassismus, berichtet
Lissy Gröner MdEP. Seite 4

Die Öl-Katastrophe in Rußland
durfte niemanden überr-
schen. Jetzt sind nicht Worte
sondern tatsächliche Hilfe an-
gesagt, fordert **Dietmar
Schütz MdB.** Seite 5

In Bayern sind Geschichtsfäl-
scher am Werk. Über ein Stück
aus dem Tollhaus berichtet
der Sprecher der SPD-Land-
tagsfraktion **Julian Gyger.**

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

49. Jahrgang / 208

31. Oktober 1994

Ideologischer Populismus - wirtschaftspolitische Inkompetenz

**Gewerbesteueränderung beschädigt Beziehungen zwischen
Unternehmen und Kommunen**

Von Prof. Dr. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Einen Bärendienst erweist die Regierungskoalition der Wirtschaft mit ihren Plänen, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Zwar ist es richtig, daß diese Steuer die Unternehmen wegen ihres auch an die Substanz gehenden Charakters drückt. Doch nach vorübergehendem Beifall für die Abschaffung wird sich diese "Wohltat" als eine wirtschaftspolitisch inkompetente Entscheidung herausstellen und bitter rächen. Denn wenn eine Gemeinde vom Erhalt oder von der Ansiedlung eines kapitalintensiven Unternehmens keinen fiskalischen Nutzen mehr hat, dann verlieren Bürgermeister schnell das Interesse daran. Dabei sind aber oft die kapitalintensiven Unternehmen gerade die, die eine breite und intensive Unterstützung benötigen, um bei der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Ein sehr starkes Argument für die Akzeptanz war immer der finanzielle Beitrag, den das Unternehmen für die Gemeinde leistet. Dieser wurde gerade durch das Gewerbekapital und der darauf begründeten Gewerbesteuer ausgelöst. Entfällt diese in der Zukunft, dann wird die finanzielle Bindung zwischen der Gemeinde und dem Unternehmen nachhaltig gestört. Die heute schon viel zu häufigen Klagen der Unternehmen, keine Kommune mehr zu finden, die bei der Ansiedlung hilft, werden in Zukunft zunehmen. Die Regierungskoalition zerstört systematisch den Anreiz für Städte und Gemeinden gerade auch problematische Industrien anzusiedeln. Die Folgen für Arbeitsplätze in Deutschland liegen auf der Hand. Kurzfristiger ideologischer Populismus stellt sich als wirtschaftspolitische Inkompetenz heraus. Weiter so, Bundesminister Rexrodt.

Dazu kommt noch, daß diese Änderung auch eine unmittelbare Auswirkung auf die kommunalen Investitionen haben wird. Denn die Gewerbesteuer aus Gewerbekapital war eine sichere Einnahmequelle für die Gemeinden, die nicht wie der Gewerbeertrag dem Konjunkturzyklus unterworfen war. Damit haben die Gemeinden nicht nur notwendige Investitionen in die Infrastruktur finanziert, sondern konnten auch dann als Nachfrager auftreten, wenn die Wirt-



schaft konjunkturell bedingt ausgefallen war. Damit entfällt ein wichtiger wirtschaftlicher Stabilisierungseffekt in der Zukunft. Denn auch der den Gemeinden versprochene Ausgleich, etwa bei der Umsatzsteuer oder den Ertragssteuern, wird dem Konjunkturzyklus unterworfen sein.

Eine kompetente Wirtschaftspolitik muß bessere Lösungen anbieten, um die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken und die Einnahmequellen der Kommunen zu sichern.

(-/31. Oktober 1994/hgs/fr)

Ein kleiner aber wichtiger Schritt
Europäisches Parlament beschließt kommunales Wahlrecht für EU-Bürger

Von Evelyn Gebhardt MdEP

Ein kleiner aber wichtiger Schritt auf dem Wege zum freien und gleichen Wahlrecht für alle ist das vom Europäischen Parlament beschlossene kommunale Wahlrecht für Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union. Alle Bürger, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, müssen nicht nur gleiche Rechte, sondern auch gleiche Pflichten haben. Gleiches Recht an der Wahlurne ist ein wesentlicher Beitrag zur Integration von Mitbürgerinnen und Mitbürgern anderer Staatsangehörigkeit.

Mit Nachdruck lehne ich die im Maastrichter Vertrag verabredete Sonderrolle für Luxemburg ab, die es erlaubt wegen eines besonders hohen ausländischen Bevölkerungsanteil das Wahlrecht nicht zu gewähren. Solche Hemmnisse beim passiven, aber auch beim aktiven Wahlrecht widersprechen dem Geist der Freiheit und Gleichheit, den die europäische Sozialdemokratie vom Wahlrecht verlangt.

Allerdings konnte unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Abgeordneten das Rahmengesetz wesentlich verbessert werden. So dürfen EU-Angehörige spätestens ab 1. Januar 1996 ihre Stimme nicht nur bei Wahlen zu Gemeindeparlamenten und Kreistagen, sondern auch bei Volksbegehren und Bürgerentscheiden abgeben. Außerdem sind Wahlen zu Regionalversammlungen in den Katalog der Kommunalwahlen aufgenommen worden. Schließlich ist es dem Rechtsausschuß des Parlaments gelungen, das neue Wahlrecht für die Europabürger von einer Reihe bürokratischer Hindernisse zu entrümpeln.

Bedauerlich ist, daß es auch nach der Einführung des Kommunalwahlrechts für EU-Angehörige in Deutschland weiterhin ein Drei-Klassen-Wahlrecht gibt. Deutsche dürfen an allen Wahlen teilnehmen. EU-Bürger sind bei Kommunalwahl- und Europawahlen stimmberechtigt und wählbar. Millionen Mitbürger aus sogenannten Drittstaaten wie beispielsweise türkische Arbeitnehmer haben überhaupt kein Wahlrecht, selbst wenn sie hier geboren sind. Das wirkt der Integration von Mitbürgern nicht-deutscher Herkunft direkt entgegen. Das darf künftig nicht mehr sein, daß wir ein Mehrklassenwahlrecht haben, aber allein Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit die gleichen Pflichten aufbürden.

(-/31. Oktober 1994/hgs/fr)

Vorschläge der Un-Sinn-Kommission führen in die Irre **Kriegserklärung an 20 Millionen Mieterinnen und Mieter**

Von Otto Reacke MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses des Deutschen Bundestages

Die Vorschläge der Experten-Kommission zur Überprüfung des gesamten wohnungspolitischen Instrumentariums, die unter dem Vorsitz des Münchner Finanzwissenschaftlers Hans-Werner Sinn über zwei Jahre beraten hat, gehen in ihren Kernpunkten an den praktischen Erfordernissen, die an die Wohnungspolitik heute und in Zukunft gestellt werden, vorbei. Die Vorschläge der Sinn-Kommission können größtenteils nur als blanker Unsinn bezeichnet werden. Es ist mehr als bedauerlich, daß der Steuerzahler für die Kommissionsarbeit mehr als fünf Millionen DM berappen muß.

Den Sozialen Wohnungsbau im ersten und zweiten Förderweg will die Kommission ganz abgeschafft sehen. Tatsache ist aber, daß durch den Ausstieg des Bundes aus dem Sozialen Wohnungsbau in den achtziger Jahren die Wohnungsnot erst entstanden ist, für deren Folgen bis heute Millionen Mieter teuer bezahlen. Die deutliche Anhebung der Mittel in Bund und Ländern in den letzten Jahren für den Sozialen Mietwohnungsbau hat entscheidend mit dazu beigetragen, daß die Zahl der im Westen Deutschlands jährlich fertiggestellten Wohnungen von nur 356.000 im Jahre 1990 auf 490.000 in diesem beziehungsweise voraussichtlich 495.000 im nächsten Jahr beinahe verdoppelt werden konnte.

Diese Anstrengungen dürften aber nicht nachlassen, wie dies die Bundesregierung plant, sondern müssen weiter verstärkt werden. Wir brauchen in den nächsten zwei Jahren zusätzlich 200.000 neue Sozialwohnungen mit langfristigen Bindungen. Eine Abschaffung des Sozialen Wohnungsbaus hätte fatale Folgen für die Wohnraumversorgung und würde die Wohnungsnot weiter verschärfen.

Weiter schlägt die Kommission vor, die Kappungsgrenzen für Mieterhöhungen ganz zu streichen und das Mietrecht einzuschränken. Dafür soll dann das Wohngeld erhöht werden. Das Wohngeld würde quasi zur einzigen Fördermöglichkeit in der Wohnungspolitik und zwar zur teuersten, die es jemals gab. Durch den Wegfall der Kappungsgrenzen bei Mietpreissteigerungen würde zum Mietwucher geradezu eingeladen, denn über das Wohngeld sollen die Steigerung ja wieder aufgefangen werden. Das wäre nichts anderes als ein staatlich sanktionierter Raubzug durch die öffentlichen Kassen. Ob die Kommissionsmitglieder wirklich wissen, welche gigantische Umverteilung sie da im Sinn haben? Statt der Einschränkung der Rechte der Mieter dringt die SPD auf eine Reform des Mietrechts, die eine generelle Vereinfachung erbringt, überhöhte Mietsteigerungen und Mietwucher verhindert sowie den Kündigungsschutz sichert. Eine Verschärfung des Mietrechts zulasten der Mieter ist mit der SPD nicht zu machen.

Schon einmal unter Wohnungsbauminister Oscar Schneider hieß es im Jahre 1982 ein Gesetz 'Zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen', das nur Mieterhöhungen, Wohnungsnot und weniger Mieterschutz brachte.

Ebenso entschieden abzulehnen ist der Vorschlag der Experten-Kommission, die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums nach Paragraph 10e EStG auf einen Schuldzinsabzug ohne Festsetzung von Einkommensgrenzen umzustellen. Nicht nur würde so weiter an dem sozial ungerechten Prinzip festgehalten, je mehr jemand verdient, desto mehr kann er bei der Steuer einsparen. Vielmehr wird durch den Schuldzinsabzug die höchst mögliche Verschuldung begünstigt, um die steuerliche Förderung zu maximieren. Es kann doch nicht das Ziel staatlicher Förderung des Baus oder Erwerbs von Wohneigentum sein, daß die Häuslebauer oder Erwerber von gebrauchten Immobilien sich bis über beide Ohren verschulden und so in finanzielle Abenteurer gestürzt werden. Der Schuldzinsenabzug hemmt den Einsatz von Eigenkapital, senkt das Interesse des Eigentümers an einer alsbaldigen Entschuldung und ist währungspolitisch bedenklich, weshalb er 1974 abgeschafft wurde. Die SPD fordert weiterhin die Umstellung des 10e auf einen progressionsunabhängigen Abzug von der Steuerschuld und eine Anhebung des Baukindergelds auf 1.200 DM, das zehn statt bislang acht Jahre gezahlt werden soll.

Die Vorschläge der Sinn-Kommission sind ein Schlag für alle Mieter und Steuerzahler. Die "Schritte zurück in einen freieren Markt", die die Kommission gehen möchte, führen in die Irre. Der Wohnungsmarkt darf nicht zum Experimentierfeld für die Vertreter der reinen Lehre der Marktwirtschaft werden, die schon in den achtziger Jahren unter Oscar Schneider gescheitert sind und die jetzige Wohnungsnot zu verantworten haben. Eine solche Wohnungspolitik ist unsozial, vergrößert die bestehende Wohnungsnot und gefährdet den sozialen Frieden, eigentlich müßten doch auch Wissenschaftler wissen, daß Wohnungspolitik investive Sozialpolitik ist. Das Bundeskabinett ist jetzt gefordert, sich zu den Plänen der Kommission zu äußern und ihnen entschieden entgegenzutreten.

Statt zwei Jahre für teures Geld eine Kommission am Parlament vorbei brüten zu lassen und ständig weitere Expertengremien (etwa zur Verringerung der Baukosten oder zur Baulandmobilisierung) zu bestellen und nebeneinander arbeiten zu lassen, wäre es von Anfang gescheiter gewesen, dem Vorschlag der SPD zu folgen, eine Enquete-Kommission "Wohnen und Siedlungsentwicklung" im Deutschen Bundestag einzuberufen. Unter Mitwirkung aller relevanten staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, Organisationen und Gruppen sollte eine solche Enquete-Kommission die Instrumentarien der Wohnung- und Städtebauförderung sowie der Raumordnungspolitik und der regionalen Wirtschaftsförderung unter die Lupe nehmen und langfristige Strategien zur Schaffung und Sicherung einer ausreichenden Wohnraumversorgung in Deutschland entwickeln. Zur Vorbereitung und Verabschiedung eines Dritten Wohnungsbaugesetzes, dessen Dringlichkeit immer deutlicher wird, muß ein nationaler Pakt gegen Wohnungsnot geschlossen werden.

Die Politik der Kohl-Regierung hat die katastrophale Situation am Wohnungsmarkt verschuldet, aber noch immer drückt sie sich davor, ihre Fehler, ihre Konzept- und Ratlosigkeit einzugestehen. Eine Kurskorrektur in der Wohnungspolitik ist dringend erforderlich, damit der Wohnungsmarkt mit jährlichen Kosten für die öffentliche Hand von über 60 Milliarden DM wieder ins soziale Gleichgewicht gebracht wird. Das jetzt vorgelegte Expertengutachten, das eine Kriegserklärung an 20 Millionen Mieterinnen und Mieter ist, bringt uns auf dem Wege dahin aber keinen Schritt voran.

(-/31. Oktober 1994/hgs/fr)

Chance gegen Vorurteile und Rassismus

Europäisches Parlament setzt Fortsetzung des Programms "Jugend für Europa" durch

Von Lissy Gröner MdEP

Jugendpolitische Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament

Das Programm "Jugend für Europa" zur Förderung der Entwicklung des Jugendaustausches und der Aktivitäten für Jugendliche in der Europäischen Union wird fortgesetzt. Für die dritte Phase von 1995 bis 1999 hat das Europäische Parlamente rund 320 Millionen DM (157 ECU) eingesetzt. Damit hat es sich der Haushalts-Streichung des Rates um etwa ein Viertel widersetzt.

Wesentliches Ziel des Programms ist, die Förderung des transnationalen Jugendaustausches (für Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren) innerhalb der Mitgliedstaaten. Das Europäische Parlament fördert vorrangig Projekte, die die Eigeninitiative der Jugendlichen fördern. Mit dem Programm sollen multilaterale Vorhaben oder solche Projekte vorrangig gefördert werden, die sich an sozial oder geographisch benachteiligte Jugendliche richten. 30 Prozent der Mittel sind für diese Personengruppen reserviert.

Das Programm zielt außerdem darauf hin, den Jugendlichen die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Lage der Gastländer zu vermitteln, die Zusammenarbeit zwischen den Jugendgruppen aufzubauen, den Gedankenaustausch zwischen den Jugendlichen zu fördern und Europäisches Bewußtsein zu stärken.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben uns für die deutliche Steigerung der Haushaltsmittel bei "Jugend für Europa" eingesetzt, weil man nicht nur in den Sonntagsreden junge Menschen umgarnen darf, bei einem Veto der Finanzminister aber dann kleinbegeben.

Für die erste Phase (1988-1991) hatte die Gemeinschaft rund 45 Millionen DM und für die zweite Phase (1992-1994) rund 60 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Das Parlament bestand auf einer Ausdehnung des Programms auf Zypern und Malta sowie auf die Länder Mittel- und Osteuropas. Dieses Programm kann ein Zeichen an die jungen Menschen sein und einen aktiven Beitrag für eine friedliche Entwicklung in ganz Europa leisten. Künftig sollen noch mehr Jugendliche als bisher, nämlich mehr als 40.000, an dem Programm "Jugend für Europa" teilnehmen. Maastricht hat erstmals die Gelegenheit gegeben, eine fundierte Rechtsgrundlage zu schaffen, um eine Jugendpolitik im Rahmen der EU zu betreiben. Diese Begegnungen sind eine Chance, gegen Vorurteile und Rassismus anzugehen.

(-31. Oktober 1994/hgs/fr)

Öl-Katastrophe in Rußland nur Spitze des Eisberges **Der miserable Zustand des Pipelinennetzes in Rußland ist seit Jahren bekannt**

Von Dietmar Schütz MdB

Nun ist es auch von der russischen Regierung bestätigt worden: in der nordrussischen Provinz Komi hat sich eine der größten Erdöl-Katastrophen der Geschichte ereignet. Oder richtiger: Die Katastrophe ereignet sich weiter, nimmt täglich größere und verheerendere Ausmaße an. Die heute noch aktuelle Zahl von rund 300.000 Tonnen ausgelaufenen Öls kann schon bald erheblich nach oben korrigiert werden.

Überraschen dürfte dies niemanden. Denn seit Jahren ist bekannt, in was für einem miserablen Zustand die sowjetischen Gas- und Ölpipelines sind. Seriöse Schätzungen amerikanischer Wissenschaftler sprechen von jährlichen Gesamtverlusten in diesem völlig veralteten Leitungssystem bis zu 25 Millionen Tonnen Öl.

Neben der radioaktiven Strahlenbelastung durch Atomkraftwerke, Waffenproduktionsstätten und Testgelände ist die Verseuchung durch Erdöl flächenmäßig die größte ökologische Verheerung auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR.

Dies alles ist bekannt. Doch getan wird - ob in nationaler oder internationaler Regie - kläglich wenig. Dabei hilft es wenig, den Schwarzen Peter allein den in Wirtschafts- und Umweltfragen eher ohnmächtigen Machthabern in Moskau oder den Republiken zu schieben. Denn auch die westlichen Industrienationen tragen ihr gerüttelt Maß an Verantwortung: Nach wie vor klaffen Wissen und verbale Hilfszusagen einerseits und tatsächlich geleistete Hilfen andererseits weit auseinander.

Das US-Angebot, bei der Reparatur der Pipelines zu helfen, dem jetzt auch eine entsprechende Offerte der EU hinterhergeschoben wurde, ist natürlich zu begrüßen. Es darf allerdings nicht - wie schon häufig - bei einem Angebot bleiben, sondern es muß auch wirklich international in einer konzentrierten Aktion substantielle Hilfe dauerhaft geleistet werden.

Die Erfahrung stimmt hier leider eher skeptisch. So hat die SPD im 12. Bundestag wiederholt Hilfen für die Sanierung der völlig maroden Atomwirtschaft, für die Entseuchung der nuklearen Testgebiete und für die Modernisierung des veralteten Energiesystems angefordert - ohne Erfolg.

Daß nun endlich das wahre Ausmaß der Öl-Katastrophe Konturen anzunehmen beginnt, läßt immerhin hoffen, daß zukünftig die russischen Stellen nicht wieder ein monatelanges Geheimhaltungs-, Vertuschungs- und Abwiegungsspielchen treiben, durch das die ökologische Katastrophe immer größere Ausmaße annehmen konnte.

Das Prinzip der "einen Welt" als Handlungsanweisung für eine wirklich global orientierte internationale Umweltpolitik ist leider nur sehr schwer in die Köpfe der Verantwortlichen hineinzubekommen. Vielleicht trägt diese jüngste Öl-Katastrophe dazu bei, wenigstens bei einigen Akteuren zukünftig nicht widersinnig etwas Unleugbares abzustreiten.

Aber auch an die Adresse der westlichen Industrienationen und Konzerne, die in vielfältiger Weise Aktivitäten in der Arktik betreiben oder planen, geht ein Appell. Nirgendwo sind Energieressourcen so schnell und mit so verheerenden Folgen für Mensch und Natur erschlossen worden wie in Sibirien. Das hochsensible Ökosystem der sibirischen Arktis darf jedoch nicht länger ein ungeschützter Spielball ökonomischer Interessen bleiben. Seiner wirtschaftlichen Ausbeutung müssen Grenzen gesetzt werden. Sonst geht dieses Ökosystem als einzigartiger Lebensraum für Mensch und Tier verloren.

(-/31. Oktober 1994/hgs/fr)

Hier fälscht der Chef persönlich? Wer wollte Bayerns Geschichte zurechtbiegen?

**Von Julian Gyger
Pressesprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion**

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Herbert Müller, hat eine parlamentarische Anfrage angekündigt, mit der im einzelnen der plumpe Versuch aufgeklärt werden soll, aus einem von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung in Auftrag gegebenen Projekt "Die Geschichte des modernen Bayern - Verfassung, Staat und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert" in Abschnitt "Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg" eine zweiseitige Darstellung der "Amigo-Affäre" zu tilgen.

Müller bezieht sich dabei auf einen Bericht der "Augsburger Allgemeinen" (Samstagsausgabe). Danach sollte dieses im Sommer 1994 fertiggestellte Werk vom damaligen Leiter der Staatskanzlei, Herbert Huber, im September vorgestellt werden. Angeblich aus "Zeitnot" sei der Termin verschoben worden, dennoch seien Teile der Auflage an den Buchhandel ausgeliefert worden.

Wie weiter berichtet wird, habe es ohne Angabe von Gründen eine Rückrufaktion bei den Buchhandlungen gegeben. Die beteiligten Verlage hätten bestätigt, daß die Vorstellung des Werkes "ganz von oben" zuletzt für den 1. November gestoppt worden sei.

Die Druckanstalt Passavia Passau sei angehalten worden, die Seiten "463/464" - die anstößigen Amigo-Seiten - herauszutrennen, was nur in Handarbeit möglich sei.

Von besonderer Pikanterie am dem Vorgang ist, daß der Herausgeber des Abschnitts "Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg", der stellvertretende Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Manfred Tremel und der Autor, der anerkannte Historiker Peter Kock, ursprünglich beabsichtigten, diesen Teil mit dem Tod von Franz Josef Strauß 1988 enden zu lassen, die Landeszentrale aber ausdrücklich auf einer Darstellung mit zum Sommer 1993 bestand.

Herbert Müller: "Herr Stoiber sollte also ausdrücklich noch Erwähnung finden. Die Ministerpräsidentenschaft Stoiber darstellen zu wollen, ohne die ihr vorhergehenden Vorgänge zu erwähnen, ist geradezu absurd."

Nachdem die Landeszentrale für politische Bildung der Staatskanzlei untersteht, interessiert sich Herbert Müller natürlich in besonderer Weise dafür, wer "ganz oben" war.

"War es etwa der Ministerpräsident selbst, nach dem Motto, hier fälscht der Chef persönlich", fragt der SPD-Fraktionsvize.

Mit ihrem Vorgehen, so Herbert Müller, laufe die Landeszentrale Gefahr, sich als Bildungseinrichtung selbst zu diskreditieren und sich in peinlicher Weise vor parteipolitischen Druck in den Staub zu werfen. Der dreiste Fälschungsversuch werde nur noch von der beispiellosen Dummheit übertroffen, mit der hier zu Werke gegangen worden sei.

(-/31. Oktober 1994/hgs/fr)
